

Lobbying'

Die engagierte Bevölkerung soll früh politische Kräfte bündeln und miteinbeziehen, zB Parteien und Verbände, die in die gleiche Richtung wollen oder die man mit guten Argumenten überzeugen kann. Eine Petition zum Ankauf von mehr Fläche für Wohnungen durch den Kanton und eine Motion zur verbindlichen Formulierung des Mitwirkungsartikels wären Möglichkeiten der politischen Einflussnahme.

Im Verlauf der Diskussionen haben sich mehrere Einflussfelder herausgebildet:

Wir könnten direkt auf die Grundeigentümer Novartis und BASF eingehen und Fragen klären aus der Bevölkerung, auch die Möglichkeit zum Abbauen von Vorurteilen böte sich an. Wer genau ist das, der hinter Novartis und BASF steckt? Was sind ihre Ziele und Interessen? Gibt es menschliche Gesichter hinter den Fassaden?

Welchen Einfluss können wir auf Verbände, Vereine und Parteien im Parlament ausüben? Wo ergeben sich gemeinsame Stossrichtungen? Welche sind gewillt mitzuwirken? Welche Grossrätinnen können uns helfen? Welche arbeiten mit uns zusammen? Können wir auf die Ausgestaltung des Gesetzes zur Mitwirkung Einfluss nehmen? Braucht es eine Verordnungsmotion? Müssen wir eine neue Organisation zur Bündelung der Kräfte gründen? Oder sollen wir bestehenden Strukturen beitreten? Mitwirkungsverfahren werden ja auch über die Stadtteilsekretariate angestossen, am Besten steigen wir da auch ein, um bestehende Strukturen zu nutzen. Auch neutrale Quartiervereine sind interessant.

Auf die Behörden können wir ebenfalls zugehen. Die Immobilien Basel-Stadt (IBS), zuständig für Landerwerb und Verwaltung der städtischen Liegenschaften, liegt beim Finanzdepartement unter Eva Herzog (SP). Das Planungsamt liegt beim Baudepartement unter Hans-Peter Wessels (SP). Das Präsidialdepartement unter Elisabeth Ackermann (GP), die Mitwirkungen koordiniert und die Stadtentwicklung unter sich hat, wäre ebenfalls eines der involvierten Departemente. Schliesslich entscheidet dann der Regierungsrat als ganzes über den behördenverbindlichen Stadtteilrichtplan. Dieser wird dem Parlament nicht vorgelegt, ist aber Grundlage zum Zonenplan, welcher durch das Parlament muss und dann dem fakultativen Referendum untersteht. Die wählende Bevölkerung hat also ziemlich sicher das letzte Wort.

Die Bevölkerung in den Quartieren ist sehr diversifizierte, individuell und fragmentiert in Berufsgruppen, Generationen, Mobilitätsbedürfnisse, Migration, Bildung, Finanzielles und vieles mehr. Das ist eine grosse Herausforderung, da zu jeder Gruppe andere Kommunikation und andere Kommunikationsmittel geeignet sind.

Konkrete Aktionen, um unser Thema aktuell und präsent zu halten, bieten sich an. Wir könnten zum Beispiel Postkarten mit einem Dankeschön versenden, um der Regierung auch mal zu danken, dass die Mitwirkung so früh wie noch nie begann. Warum die Karten nicht mit Ballons in die Welt senden, und die Finder schicken ihr Danke zurück an die Regierung? Eine andere Idee war, dass mittels Strassentheatern die Wünsche der Workshops im echten Leben sichtbar werden. Auch ein öffentliches Wohnzimmer vor dem Rathaus einrichten kam als Idee. Ein

anderer Ansatz war, eine Klybeck-Architekten-Gruppe zu gründen, um eine fachlich fundiertere Argumentation aufzugreifen: Die 'ArchitektInnen für Stadtentwicklung'. Als interessanter, aber auch grosser Brocken wäre die Organisation einer Konferenz zum Thema 'Was ist Stadt?' Nicht nur konkret zum Klybeckareal, sondern auch zu allen anderen Arealen und zukünftigen Entwicklungen. Was macht eine (lebenswerte) Stadt aus? Mögliche Themenfelder könnten sein:

- Wohnen
- Arbeit/ Gewerbe/ Postindustrie
- Essen
- Freizeit
- Kultur
- Armut/ Prekariat
- Bevölkerungs-Struktur
- Begegnung / öff raum / Freiraum / Marktplatz/ Halle
- Nachhaltigkeit
- Bildung/ Pädagogik